

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. —

Angelagerung: Die Postämter / Anzeigen für Anzeigen am Auer und Erzgebirge 100 000 Mark, unentgeltlich 200 000 Mark, Anzeigen für die Provinz 100 000 Mark. — Bei größeren Abrechnungen nach Vereinbarung.

Telegramme: Kageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 209

Freitag, den 7. September 1923

18. Jahrgang

Die Inflation und ihre Nutznießer.

Die Höhe des Tages haben viele Deutsche, die aus der fortbauenden Währungsverschlechterung Nutzen ziehen, verstanden zu erkennen, daß es doch eine jämmerliche Situation sein muß, in welcher große Teile eines Volkes an dem Tode der nationalen Währung interessiert sind. Reichsminister Dr. Stresemann hat in seiner viel beachteten Rede in Stuttgart am letzten Sonntag das Ziel seiner währungsrechtlichen Bestrebungen dahin zusammengefaßt, daß wieder alle Teile des Volkes an der Festigung des Markkurses interessiert werden müßten. Nun hat der Kanzler allerdings gleichzeitig bekannt gegeben, daß die deutsche Warenausfuhr in den letzten Monaten furchtbar abgenommen hat. Die erste Ausfuhrermittlung im Monat Mai hatte einen Wert von etwa 610 Millionen Goldmark, die vom Monat Juli nur einen solchen von 105 Millionen. Trotz des Dollarstandes von 10 bis 12 Millionen Mark sind also die inländischen Produktionskosten (Rohstoffe und Kohlenpreise sowie Löhne) dem Dollarkurs folgend wie ein Schatten, und daß die Kreditvermittelnden Banken sich weigern, ihren Kunden durch Ausgabe von billigem Geld riesenhafte Inflationsgewinne zuzuschüttern. Der Rückgang der deutschen Exportfähigkeit bei gleichzeitigem stark ansteigendem Dollarkurs ist ein Beweis dafür, daß die allmähliche Exportkonjunktur der letzten Jahre nicht echt war, sondern mit Verlusten der Kreditvermittlungstellen bzw. der ganzen Volkswirtschaft erkauft werden mußte.

Es wäre töricht, wollte man von dem reformfreundlichen Kabinett Stresemann erwarten, daß es innerhalb kürzester Frist den Reudruck und die Neuausgabe von Banknoten zum Stehen bringt. Man hat je gerade dem verantwortlichen Leiter des deutschen Währungswesens Reichsbankpräsident Haverstein, den Vorwurf gemacht, er habe es nicht verstanden, dem Verkehr die erforderlichen Mengen von Umlaufmitteln zuzuführen. Es ist auch gewiß keine vernünftige Bekämpfung des Fiebers, wenn man dem Kranken den schmerzhaften Durst verweigert; der brennende Durst erreicht vielmehr mit Aufhören des Fiebers von selbst sein Ende. Täglich werden also noch 80 bis 80 Millionen Papiermark neu im Umlauf gebracht. Sobald dann die Bargeldpanik vorüber ist und der derzeitige Bargeldbesitz weiß, daß er keine Geldscheine ruhig zum Zweck von Käufen oder Anlagen aus der Hand geben und im Bedarfsfälle Bargeld in gewünschter Menge bei seiner Bank erhalten kann, besteht Aussicht auf einen völligen Rückschlag der Inflation. In diesem Augenblick wird sich auch die wertlosere Reichsanleihe wirksam erweisen, indem das im Umlauf nicht mehr benötigte Papiergeld in diesen auf dem Gegenwert von Dollar lautenden Papieren Anlage suchen wird. Der Bahlenwahnsinn, von dem so viele Deutsche in den letzten Jahren besessen waren, scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben. Wer sein Geld wertlos angelegt hat, wird nicht mehr frohlocken, wenn der wertlosere gezeichnete Gegenwert von 10 Dollar statt früher 100 Millionen, einmal 200 oder 300 Millionen Papiermark ausmachen sollte. Das neue wertbeständige Umlaufmittel, dessen baldige Schaffung Dr. Stresemann in Aussicht stellte, wird das Interesse aller Kreise der Wirtschaft an einer weiteren Entwertung der Papiermark zum Erlöschen bringen. Der Kanzler hat recht getan, daß er die Schaffung einer neuen wertbeständigen Währung als das „zweite Ziel“ seiner Reformarbeit bezeichnet hat. Das erste Ziel wird die Schaffung einer soliden Grundlage für diese Währung sein. Die wichtigsten Bausteine dieser Grundlage werden der Ausgleich in den öffentlichen Finanzen äußerster Sparlichkeit im öffentlichen und privaten Leben sowie stärkste Behebung der inländischen Produktion sein. Sobald einmal stetige Währungsverhältnisse bei uns eingeleitet sein werden, wird sich herausstellen, wieviel ruhiger sich unser Leben abspielen und wieviel nutzlose Arbeit und dann erlitten werden wird.

Dr. Groll.

Goldwährung und Goldkonten der Reichsbank. Der Währungsausschuss des Reichswirtschaftsrates beriet über die Frage der Goldwährung und der Goldkonten bei der Reichsbank. Reichsbankpräsident Dr. Haverstein erklärte, die Reichsbank beabsichtige, wertbeständige Zertifikate auszugeben, die als wertbeständige Anlage oder, da sie diskontiert werden können, auch als Ersatz für ein wertbeständiges Zahlungsmittel dienen können. Der Reichsbankpräsident wandte sich dann gegen die ursprüngliche Forderung, Goldkonten einzurichten gegen Eingahlung von Papiermark. Die Eingahlung von Papiermark auf Goldmarkkonten würde heißen, das Risiko der Wertlosigkeit auf die Reichsbank zu verschieben,

was eine Zentralnotenbank niemals ins Auge fassen dürfe. Die Reichsbank beabsichtige die Einrichtung von Goldmarkkonten dergestalt, daß für große Beträge Konten eingerichtet werden bei 80 Prozent Eingahlung in Devisen und 20 Prozent in Papiermark. In der anschließenden Debatte wurde auch noch die Frage der Errichtung einer privaten Goldstaatsbank aufgeworfen, ohne daß jedoch hierüber nähere Beschlüsse gefaßt wurden. Der Währungsausschuss wird sich heute nach Anhörung von Sachverständigen mit dieser Frage befassen.

Verhandlungen im Völkerbundsrat.

Cecil's Bemühungen um den Frieden.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates über den griechisch-italienischen Konflikt war zweifellos eine der aufsehenerregendsten Sitzungen, die der Rat bisher veranstaltet hat. Ein sehr eindrucksvoller Augenblick war es, als Lord Robert Cecil vor der Eröffnung der Debatte durch einen Völkerbundsbeamten die Artikel 10, 12 und 15 des Vates in französischer und englischer Sprache vorlesen ließ. Nach der Bemerkung Lord Robert Cecil's, daß eine Wahrung dieser Artikel die gegenwärtige europäische Ordnung erschüttern würde, flüchteten viele englische Zuhörer wegs.

Salandra

verlas eine längere Rede, in der die Auffassung dargelegt wird, daß die Ermordung der italienischen Mitgließer auf griechischem Gebiet nicht nur Italien das Recht und die Pflicht verleihe, gerechte Strafe und Entschädigung zu verlangen, sondern daß sie auch eine Verletzung der Völkerbundskonvention darstelle, die die Mission an die albanisch-griechische Grenze entsandt habe. Italien müsse Genugtuung verlangen und Wänder ergreifen. Griechenland wolle nur seiner Verantwortlichkeit entgehen, indem es die Aufmerksamkeit des Völkerbundes von seinem Verbrechen ablenke und sie auf die Folgeerscheinung der Ergreifung des Landes, richte. Es bestehe keine Kriegsgefahr, nicht einmal ein Verbruch der diplomatischen Beziehungen, und es gebe daher keinen ausreichenden Grund für die Anwendung der Artikel 12 und 15 die eine Kriegsgefahr voraussetzten.

Politis

legte in seiner Antwortrede zunächst dar, daß Griechenland, indem es den Völkerbund vorbehaltlos ersucht habe, den ganzen Fall zu untersuchen, den Beweis dafür erbracht habe, daß es keine Verantwortung nicht ablehnen wolle. Die griechische Regierung sei sich dessen bewußt, daß sie Italien für das bedauerliche Verbrechen eine Reparation schulde. Wenn Griechenland, ohgleich es den Völkerbund angerufen habe, auch der Völkerbundkonferenz geantwortet habe, so sei es deshalb geschehen, weil es durchaus anerkannt habe, daß auch die Konferenz die sich durch das Verbrechen als geschädigt betrachten könne, auf Reparation und Aufklärungen Anspruch habe. Die griechische Note vom 2. 8. an die Völkerbundkonferenz habe insoweit vorgeschlagen, daß die Konferenz je einen Vertreter der italienischen, der französischen und der englischen Regierung mit der Bildung eines Ausschusses beauftrage, der auf griechischem und albanischem Gebiet eine Untersuchung anstellen solle, deren Folgen die griechische Regierung von vornherein auf sich zu nehmen bereit sei.

Der Bericht der Völkerbundkonferenz.

Die Völkerbundkonferenz hat über ihre Sitzung einen amtlichen Bericht herausgegeben, aus dem zu entnehmen ist, daß sie von dem internationalen Rechtsgrundgesetz ausgeht, daß die Staaten für die auf ihrem Gebiet begangenen politischen Attentate und Verbrechen haftbar sind. Die Völkerbundkonferenz habe daher Kenntnis genommen, daß Griechenland für den Fall, daß seine Verantwortlichkeit festgestellt werde, bereit sei, alle Reparationen zu leisten, die die Konferenz für gerecht hält, und daß es sich mit einer aus Vertretern der allierten Mächte zusammengesetzten Kommission zur beschleunigten Aufklärung der Schuldigen einverstanden erklärt.

Englische Beunruhigung wegen Korfu.

Die letzten Aeußerungen M. Llojnt's, die auf die Wächter einer dauernden Besetzung Korfu hindeuten, scheinen in England beunruhigend zu wirken. Das geht auch aus der Regierungspresse deutlich hervor. Der „Daily Telegraph“ betont, daß es für den Völkerbund ganz unmöglich sei, über die Inselfrage hinwegzugehen, da sie von großer strategischer Bedeutung sei. Wenn Italien mit seinem Austritt drohe, so sei dies bedauerlich. Der Bund könne aber auf eine einzelne Macht in einer solchen Frage keine Rücksicht nehmen. Die „Times“ weist sich einer Überbewertung des

Falles an die Völkerbundkonferenz, besonders abgeneigt weil der Völkerbund dann in die Stellung einer ratgebenden Körperschaft herabsinken würde. Im übrigen machen die Blätter darauf aufmerksam, daß ein Austritt Italiens aus dem Völkerbund eine zweijährige Rindlungsfrist voraussetzen würde.

Frankreich auf Seiten der Kleinen Entente.

Sichtlich der Haltung Frankreichs wird darauf hingewiesen, daß eine dauernde Besetzung Korfu durch Italien für die französischen Flotteninteressen ebenso wenig wünschenswert sei wie für die englischen. Man ist hier der Ansicht, daß die französische Delegation in Genf mit Rücksicht auf die Kleine Entente gegen eine Intervention des Bundes Bedenken vorbringen werde, weil sie einen Präzedenzfall für die Ruhrbesetzung befürchte.

Die Kleine Entente droht mit Mobilisierung.

Der „Daily Telegraph“ will erfahren haben, daß die Regierungen der Kleinen Entente in Paris eine Erklärung abgegeben haben, daß sie erstens, wenn der Völkerbund in der Korfu-Frage nicht seine Pflicht tut, austreten, und zweitens, falls Italien neue Operationen oder Mobilisierungen vornehme, sie ebenfalls mobilisieren würden. Dem gleichen Blatt zufolge scheint es sich bezüglich der Völkerbundkonferenz um ein Mißverständnis zu handeln. Mussolini soll jetzt erklären, daß die Konferenz sich zwar mit der Mordtat und mit der Strafe beschäftigen soll, dagegen weigert er sich, sie in der Kompetenzfrage hinsichtlich Korfu anzuerkennen. Auf der anderen Seite scheint diese Einstellung des Russen auch auf der englischen Seite gefordert zu werden. In England scheint die Wächter zu bestehen, daß Verbrechen und die Sanktion entsprechend dem französischen Wunsch der Pariser Konferenz zu überweisen aber nur, um damit freie Befugnisse wegen der Korfu-Frage für den Völkerbund zu erlangen.

Flottenaktion gegen Italien?

Die englische Regierung hat, wie aus beunruhigenden Kreisen verlautet, ihre Flotte aktionsbereit gestellt für den Fall, daß der Völkerbund in der italienisch-griechischen Angelegenheit keine Entscheidung fällen wird. Außerdem beabsichtigt die englische Regierung in dem Falle, daß Mussolini der Völkerbundsentscheidung, Korfu zu räumen, nicht nachkommen wird einen Teil ihrer Flotte auf Korfu zu landen, um die Italiener zum Rückzug zu zwingen. — Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die im Namen des Völkerbundes agierende Flotte keine englische, sondern eine aus schwedischen und holländischen Einheiten bestehende sein wird.

Italien besetzt weitere Inseln.

Die Agenzia Stefani meldet die Besetzung von Bores und einiger kleiner Inseln bei Korfu und fügt hinzu, daß es sich nicht darum handele, die italienische Besetzung auszubehalten. Es handele sich einfach darum, Korfu zu sichern.

Die Urheber des Mordes.

Nach weiteren Mitteilungen der Agenzia Stefani aus Janina sollen die Urheber des Mordes an der italienischen Delegation oder vielmehr der Auftraggeber zu den Mitgliedern der großgriechischen Organisation gehören, die fast gänzlich aus griechischen Offizieren und Beamten besteht. Der Leiter der genannten Organisation soll der Oberst Bogaris sein, der Griechenland in der Grenzfestlegungskommission vertritt, und ein anderer Offizier, dessen Persönlichkeit noch nicht genügend festgestellt ist. Diese Organisation hat ihren Mittelpunkt in Janina und zahlreiche Zweigstellen in Saloniki, Athen und Korfu.

Gewaltchronik.

Kunkel an der Lahn besetzt.

Western sind Bahnhof und Ort Kunkel an der Lahn von den Franzosen besetzt worden. Die Franzosen haben bisher in den Eisenbahnbetrieb nicht eingegriffen. Es handelt sich angeblich um eine Bergleistungsmaschine. Auf der direkten Landstraße Simburg-Weilburg ist eine größere Truppenabteilung vor Oberliefenbach eingetroffen. Ueber die Wächter der Truppen ist noch nichts bekannt.

Nach Aussage des kommandierenden französischen Offiziers ist die Besetzung der Orte Kunkel und Oberliefenbach erfolgt, weil einige Wechelhändler, die vor einiger Zeit die französische Regierung zur Fahrt benutzt hatten, in Liefenbach von der erregten Bevölkerung angegriffen worden sind.